



Antrag

Fraktionen CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Mögliche Auswirkungen eines Brexits auf den Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort Sachsen-Anhalt

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird gebeten in den Ausschüssen für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung sowie für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Medien zu den Auswirkungen des Brexit für Sachsen-Anhalt Stellung zu beziehen und dabei insbesondere auf folgende Punkte einzugehen:

- Folgen einer stagnierenden britischen Wirtschaft auf den Export;
- Strategie der Landesregierung, um die Folgen des Brexits für heimische Unternehmen abzumildern;
- mögliche Währungsturbulenzen für den Warenverkehr;
- Verteuerung von Im- und Exporten durch neue Handelshemmnisse;
- Gibt es Bestrebungen, rückkehrwillige osteuropäische Fachkräfte für den Arbeitsmarkt Sachsen-Anhalt zu gewinnen?
- Auswirkungen auf Zusammenarbeit und Kooperationen im Wissenschafts- und Bildungsbereich;
- Umgang mit britischen Staatsbürgern, die ihren Wohnsitz in Sachsen-Anhalt haben.

Über die Ergebnisse ist den genannten Ausschüssen bis spätestens Ende des I. Quartals 2019 Bericht zu erstatten.

Begründung

Am 19. Juni 2017 haben die Gespräche zum Austritt Großbritanniens aus der EU begonnen, das offizielle Austrittsdatum ist der 30. März 2019. In den zurückliegenden Jahren haben Unternehmen aus Sachsen-Anhalt Waren im Wert von über 1,2 Milliarden Euro nach Großbritannien exportiert. Im Ranking der wichtigsten internationalen Märkte für hiesige Firmen rangiert das UK inzwischen auf Platz zwei, hinter Polen und noch vor den USA und Frankreich.

(Ausgegeben am 15.11.2018)

Aus Großbritannien eingeführt wurden im vergangenen Jahr Waren im Wert von 435 Millionen Euro. Das entspricht einem Anteil von 2,7 Prozent am Gesamtimport Sachsens-Anhalts und Platz 12 im Ranking der Importländer. Seit der Jahrtausendwende sind in Sachsen-Anhalt 14 Investitionen britischer Unternehmen mit Staatsgeldern gefördert worden. Insgesamt wurden 164 Millionen Euro in Sachsen-Anhalt investiert, welche 2230 Jobs nach sich ziehen.

Großbritannien ist noch weit vor Russland einer der wichtigsten Handelspartner für Sachsens-Anhalts Wirtschaft. Angesichts der laufenden Ausstiegsgespräche ist aktuell nicht absehbar, ob es künftig zu umfangreichen Handelsbeschränkungen durch Kontrollen, Zölle oder administrative Restriktionen kommt. Sollte es zu keiner Einigung auf ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und Großbritannien kommen, hätte dies nachhaltige und negative Folgen für die Unternehmen im Land, da der freie Warenverkehr behindert und somit verteuert wird.

Siegfried Borgwardt
Fraktionsvorsitzender
CDU

Dr. Katja Pähle
Fraktionsvorsitzende
SPD

Cornelia Lüddemann
Fraktionsvorsitzende
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN